

*Wolling, Jens:*

**Skandalberichterstattung in den Medien und die Folgen  
für die Demokratie : die Bedeutung von Wahrnehmung  
und Bewertung der Berichterstattung für die Einstellung  
zur Legitimität des politischen Systems**

---

*Original erschienen in:*

Publizistik : Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung. - Wiesbaden : VS  
Verl. für Sozialwiss. - 46 (2001), 1, S. 20-36.

ISSN print: 0033-4006

ISSN online: 1862-2569

DOI: 10.1007/s11616-001-0002-9

URL: <http://dx.doi.org/10.1007/s11616-001-0002-9>

[Gesehen: 06.11.2015]

Jens Wolling

## Skandalberichterstattung in den Medien und die Folgen für die Demokratie

Die Bedeutung von Wahrnehmung und Bewertung der Berichterstattung für die Einstellung zur Legitimität des politischen Systems

### 1 EINLEITUNG: POLITISCHE SKANDALE UND IHRE FOLGEN

»Die CDU macht durch die Parteispendenaffäre Schlagzeilen, Niedersachsens Ministerpräsident Glogowski (SPD) hat sich teilweise seine Hochzeitsfeier sponsern lassen, und Bayerns Ministerpräsident Stoiber (CSU) werden fragwürdige Immobiliengeschäfte vorgeworfen: Haben diese Affären Ihr Vertrauen in die Politik erschüttert?« Auf diese von Emnid im November 1999 gestellte Frage antworten 29 Prozent der Befragten mit »Ja«, 41 Prozent gaben an, ihr Vertrauen sei nicht erschüttert, weil sie »ohnehin nur wenig Vertrauen in Politiker« hätten, und nur 24 Prozent meinten, es handle sich – falls denn die Vorwürfe zuträfen – um Einzelfälle.<sup>1</sup> Die Bürger sprechen den *Politikern* ihr Misstrauen aus, aber hat dies auch Folgen für die Beurteilung der *Demokratie*? In der öffentlichen Diskussion um die Folgen des Spendenskandals wurde dieser Zusammenhang hergestellt: Zunächst war die Rede von einer Krise der CDU, dann von einer Krise des deutschen Parteienstaates, diese wuchsen dann zur Staatskrise und schon bald zur Krise der Demokratie (vgl. Sontheimer 2000: 3). Schon im Dezember 1999 war in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« im Zusammenhang mit der Spendenaffäre zu lesen, dass die CDU »als demokratische Partei Interesse daran haben sollte, den Schaden zu reparieren, den sie der Demokratie zugefügt hat« (Nonnemacher 1999).

Skandale unterscheiden sich in ihrem Ausmaß beträchtlich – was schon die Zusammenstellung der Beispiele in der zitierten Emnid-Frage deutlich zeigt – und bei manchen Vorfällen, die »Skandal« genannt werden, ist diese Bezeichnung sicherlich auch völlig unangemessen. Ob ein Vorgang oder ein Zustand skandalös ist oder nicht, ist eine normative Frage, die sich wissenschaftlich nicht beantworten lässt. Beantworten kann man jedoch die Fragen, ob ein Vorgang oder Zustand als *Skandal dargestellt* und ob er von der Bevölkerung als *skandalös wahrgenommen* wird. Damit sind wir beim Kern des Problems: Die Bürger erfahren von politischen Skandalen meistens nur durch die Medien. Weder die Vorgänge selbst, noch deren Folgen sind gewöhnlich unmittelbar erfahrbar. Deswegen sind auch nicht die Ereignisse an sich, sondern – wenn überhaupt – die mediale Berichterstattung über sie entscheidend dafür, ob Skandale einen negativen Einfluss darauf haben, wie die Bürger die *Legitimität der Demokratie* beurteilen.

---

Jens Wolling ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft der TU Ilmenau.

<sup>1</sup> Emnid-Umfrage (ca. 1.000 Befragte) vom 23./24.11.1999. In: Der Spiegel (48) 1999: 27.

Die Befürchtung, dass die Berichterstattung über politische Skandale der Demokratie Schaden zufügen könnte, wird nicht erst seit den aktuellen Vorfällen um ungesetzliche und dubiose Spenden und Zuwendungen an Politiker und Parteien diskutiert. Auch in der Vergangenheit wurde die Befürchtung sowohl in den Medien als auch in der wissenschaftlichen Diskussion immer wieder thematisiert. Spätestens seit der von Michael J. Robinson (1976) unter dem Eindruck der Watergate-Affäre formulierten Videomalaise-Hypothese – nach der speziell die Art der Politikvermittlung durch das Fernsehen negative Effekte auf die *Einstellungen der Bürger zur Politik* haben soll – ist das Thema in der wissenschaftlichen Diskussion und erlebt immer wieder Phasen erhöhter Beachtung. So kommt Neckel (1990: 9) Anfang der Neunzigerjahre zu der Einschätzung, dass Skandale einen generellen »Zynismus gegenüber dem Politischen« verstärken können, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die Auswirkungen von Skandalen auf das politische Bewusstsein wenig erforscht sind. Ende der Neunzigerjahre schreibt Kepplinger (1998: 221ff.), dass die Entwicklung der Medienberichterstattung geprägt sei durch einen »pessimistischeren Tenor der Darstellung des Geschehens« und von einer »zunehmenden Skandalisierung von Mißständen«. Als Folgen dieser Veränderung sieht er nicht nur »wachsende Zweifel an der Wahrhaftigkeit und Problemlösungsfähigkeit deutscher Politiker«, sondern auch zunehmende Zweifel der Bevölkerung »an der Leistungsfähigkeit von Staat und Politik«. Untergräbt also eine auf Skandale und Missstände orientierte politische Berichterstattung die Fundamente der Demokratie?

Die Beantwortung dieser Frage ist ohne Zweifel nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern auch von großer praktischer Bedeutung für Politik, Journalismus und politische Bildung. Denn falls ein solcher Zusammenhang bestehen sollte, dann würde es sich dabei um ein strukturelles Problem unseres politischen Systems handeln, das ja ganz zentral auf der öffentlichen und damit medienöffentlichen Kontrolle und Kritik von Politik beruht. Wenn die Thematisierung von Missständen und Skandalen in den Medien negative Effekte auf die Unterstützung der Demokratie hätte, dann wäre dies allerdings ein Dilemma: Es würde bedeuten, dass gerade dann, wenn die Medien eine ihrer zentralen öffentlichen Aufgaben, »die Kontrolle und Kritik des politischen [...] Geschehens« (Ricker 1994: 246), auftragsgemäß erfüllen, mit negativen Konsequenzen für die demokratische politische Ordnung zu rechnen wäre.

## 2 FRAGESTELLUNG UND METHODE

Im Folgenden werden Ergebnisse einer Untersuchung vorgestellt, in der der Zusammenhang zwischen Politikdarstellung, Mediennutzung, Medienbewertung und den *Einstellungen der Bürger zum politischen System* empirisch untersucht wird. Es geht um die Frage, ob die Politikdarstellung der Medien Wirkungen auf die Beurteilung der *Legitimität der demokratischen Ordnung* hat. Diese auf das politische System bezogene Einstellung muss von anderen Indikatoren, mit denen Einstellungen zur Politik gemessen werden können, unterschieden werden. Es geht also *nicht* darum, ob die Beurteilung von *Parteien* oder *Politikern* – wie z.B. deren *Integrität* oder *Responsivität* – unter der medialen Berichterstattung über Skandale leidet, sondern es geht um die Orientierungen gegenüber dem Kern des politischen Systems, um die

Einstellung zur *Legitimität des Systems*.<sup>2</sup> Die Überzeugung, in einem legitimen politischen System zu leben, ist besonders deswegen von Bedeutung, weil sie in Phasen temporärer Leistungsdefizite der Politik als Quelle der notwendigen politischen Unterstützung wirksam werden kann.<sup>3</sup> In dieser Untersuchung wurde bewusst die Einstellung zur Legitimität des politischen Systems als abhängige Variable gewählt. Es soll überprüft werden, ob sich für die eingangs zitierten Befürchtungen, dass Skandale auch Auswirkungen auf solche grundlegenden Einstellungen zur Politik haben, empirische Belege finden lassen. Mit dieser Entscheidung wurde die Messlatte für den Nachweis von Wirkungen sehr hoch gelegt. Dies ist bei der Interpretation der Befunde zu beachten.

Die Differenzierung dieser Einstellungsdimensionen ist nicht nur aus theoretischen und konzeptionellen Gründen notwendig, auch die Bevölkerung unterscheidet zwischen den Dimensionen, was die empirischen Ergebnisse der Untersuchung belegen, die nachfolgend vorgestellt werden. Alle drei in der Studie verwendeten Indikatoritems, mit denen die Einstellung zur *Legitimität des Systems* gemessen wurde, zeigen freundlichere Werte (Mittelwert des Index = 2,9) als sie in Bezug auf die Einstellungen zur *Responsivität* und *Integrität* ermittelt wurden (Mittelwert des Index = 3,6).<sup>4</sup>

Diese Auswertung und die im Folgenden präsentierten Analysen basieren auf Daten einer Face-to-face-Befragung, die im Juni/Juli 1996 in Dresden durchgeführt wurde.<sup>5</sup> Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Dresdner Bevölkerung. Insgesamt wurden 426 auswertbare Interviews realisiert. Ergänzt werden die Umfragedaten durch eine Inhaltsanalyse. Untersucht wurden die sieben Nachrichtensendungen mit den größten Reichweiten. Dabei handelt es sich um ›Tagesschau‹ und ›Tagesthem‹ (ARD), ›heute‹ und ›heute-journal‹ (ZDF), ›RTL aktuell‹ (RTL), ›18.30‹ (SAT.1)

2 Ausführlich zur theoretischen und empirischen Unterscheidung der verschiedenen Dimensionen: Wolling (1999: 18ff.).

3 Grundlegend hierzu: Easton (1972).

4 Die Einstellung zur *Legitimität des Regierungssystems* wurde durch die folgenden drei Items gemessen: »Mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik besteht, kann man nicht zufrieden sein.« »Das politische System der Bundesrepublik ist insgesamt gerecht und fair.« »Unser politisches System schützt die grundlegenden Freiheiten der Bürger.« Das erste Item wird in verschiedenen Varianten in zahlreichen Untersuchungen immer wieder verwendet (vgl. z.B. Fuchs/Roller/Weßels 1997: 5). Die anderen beiden Items wurden in Anlehnung an eine Untersuchung von Fuchs (1989) formuliert. Die Einstellung zur *Responsivität* und *Integrität* wurde durch insgesamt 6 Items operationalisiert. Als Indikator für *Integrität* wurde z.B. folgende Aussage verwendet: »Die meisten Politiker sind korrupt und denken nur an ihren eigenen Vorteil.« Die *Responsivität* – gemeint ist damit die Überzeugung, dass Politiker sich bei ihren Entscheidungen an den Interessen der Bevölkerung orientieren – wurde u.a. mit diesem Item erhoben: »Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken.« Gemessen wurde jeweils die Zustimmung zu den Aussagen auf einer Skala von 1 bis 5. Die Antworten wurden dann so recodiert, dass hohe Werte eine negative Einstellung zum Ausdruck bringen. Dass es sich um unterschiedliche Einstellungsdimensionen handelt, konnte auch durch Faktorenanalysen der Items gezeigt werden. Weitere Angaben zur Methode (Stichprobenbildung, Wortlaut der Fragebogenfragen, Verfahren der Indexbildung etc.) sind nachzulesen in Wolling (1999).

5 Die Bestimmung der Befragungsteilnehmer erfolgte mittels Quotenauswahl. Durch zahlreiche Vergleiche mit den Ergebnissen anderer Bevölkerungsbefragungen konnte gezeigt werden, dass die grundlegenden Befunde, die in Dresden ermittelt wurden, keine Sonderfälle darstellen (vgl. Wolling 1999: 181ff.). Von daher ist zu erwarten, dass auch die Ergebnisse der weitergehenden Analysen, für die keine vergleichbaren Daten an anderer Stelle existieren, mit hoher Wahrscheinlichkeit übertragbar sind.

und ›PRO7-Nachrichten‹ (PRO7).<sup>6</sup> Im Printbereich wurden die vier in Dresden erscheinenden Tageszeitungen ›Bild Dresden‹ (Bild), ›Dresdner Morgenpost‹ (Mopo), ›Dresdner Neueste Nachrichten‹ (DNN) und ›Sächsische Zeitung‹ (SäZ) analysiert. Der Untersuchungszeitraum der Inhaltsanalyse erstreckte sich über die Zeit vom 19. März bis zum 6. Juni 1996.

### 3 EINFLUSSFAKTOREN AUF DIE EINSTELLUNGEN ZUR DEMOKRATIE

Wenn die Rolle der Medienberichterstattung valide untersucht werden soll, müssen dabei andere Faktoren, die einen Einfluss auf die Einstellungen der Bevölkerung zur Legitimität des demokratischen Systems haben, kontrolliert werden. Nur wenn diese Faktoren in der Analyse berücksichtigt werden, kann man feststellen, ob die Berichterstattung über politische Skandale und die Wahrnehmung dieser medialen Darstellung durch die Rezipienten tatsächlich eine Rolle bei der Beurteilung des politischen Systems spielen.

Welche Faktoren beeinflussen nun die Einstellung zur Legitimität der politischen Ordnung? Um dies herauszufinden, wurden in einem mehrstufigen Verfahren aus einer Vielzahl von möglichen Faktoren diejenigen herausgefiltert, die in einem multivariaten Modell einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Legitimitätsbeurteilung leisten. Die Analyse beruht auf der Annahme, dass sich die Einstellungen zur Politik durch Erfahrungen erklären lassen. Dabei wurden verschiedene Erfahrungsbereiche unterschieden: Zum einen die unmittelbaren Erfahrungen und zum anderen die kommunikativ, insbesondere die medial vermittelten Erfahrungen. Darüber hinaus wurde der Einfluss soziodemographischer Variablen (Alter, Geschlecht und Bildung) sowie einiger politikbezogener Orientierungen (politisches Interesse, Parteiidentifikation etc.) kontrolliert.

Von den soziodemographischen Variablen und den politikrelevanten Orientierungen hat nur die *Identifikation mit den etablierten Parteien* (SPD, CDU, FDP) einen Einfluss, allerdings einen recht bedeutsamen: Befragte, die sich mit den etablierten Parteien identifizieren, haben gegenüber dem politischen System eine deutlich positivere Einstellung als solche, die sich mit anderen oder mit gar keiner Partei identifizieren. Im Bereich der *unmittelbaren Erfahrungen* erweisen sich zwei Variablen als besonders bedeutsam: Wenn a) die Wirtschaftslage als schlecht beurteilt wird und wenn b) Defizite bei der Lösung wichtiger Probleme wahrgenommen werden,<sup>7</sup> dann führt dies zu einer negativen Beurteilung der Legitimität des politischen Systems (vgl. Schaubild 1). Vor allem die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation erweist sich als sehr wirkungsstark, was im Einklang steht mit den Ergebnissen anderer Studien. Dieser Zusammenhang, dass »die bekundete Akzeptanz des politischen Systems auf seiner unmittelbaren ökonomischen Leistungsfähigkeit beruhte« (Berg-Schlosser 1990: 42), wurde nicht nur in der Nachkriegszeit ermittelt, auch in neueren Untersuchungen konnte nachgewiesen werden, dass die Wahrnehmung der gesamtwirtschaftlichen Lage

<sup>6</sup> Vgl. Darschin/Frank (1997: 181).

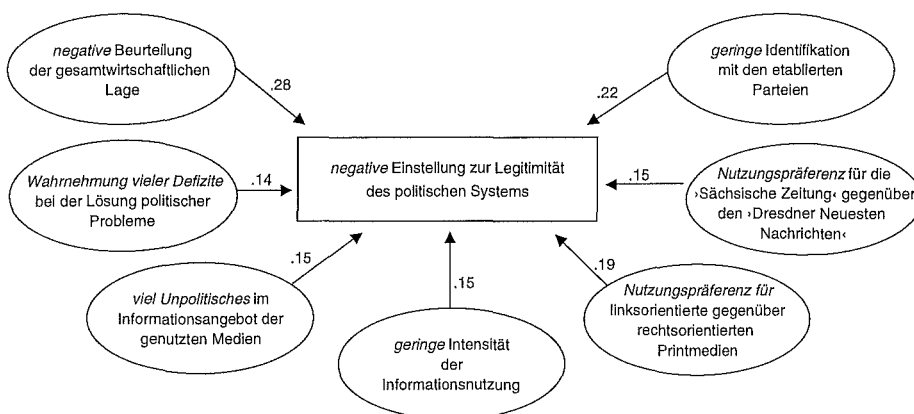
<sup>7</sup> Operationalisiert durch die Zahl der Nennungen von ungelösten politischen Problemen, auf eine offene Frage.

einen relativ starken Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit hat (vgl. Gabriel 1992: 106; auch Greiffenhagen 1998: 171ff.).

Im Bereich der kommunikativ vermittelten Erfahrungen zeigt sich, dass Bürger, die sich intensiv über Politik informieren, eher von der Rechtmäßigkeit der politischen Ordnung der Bundesrepublik überzeugt sind als uninformierte Personen. Hinsichtlich der *medialen Kommunikation* erweisen sich die Nutzungspräferenzen für bestimmte Printmedien als sehr bedeutsame Einflussvariablen: Die regelmäßigen Leser der a) linken Printmedien (»Neues Deutschland«, »Junge Welt«, »Wochenpost«, »Freitag«) sowie b) der »Sächsischen Zeitung« (die in Dresden am meisten gelesene regionale Abonnementzeitung) beurteilen die Rechtmäßigkeit der politischen Ordnung der Bundesrepublik negativer, als diejenigen, welche die a) eher rechten Printmedien (»FAZ«, »Welt«, »Welt am Sonntag«, »Focus«) und b) die »Dresdner Neuesten Nachrichten« (die zweite, aber deutlich kleinere Dresdner Abonnementzeitung) vorziehen.

Wichtige Einflussfaktoren auf die Einstellungen zur Legitimität des politischen Systems

Schaubild 1



Regressionsanalyse: nur signifikante beta-Koeffizienten > .14

Neben dem Einfluss der Mediennutzungsvariablen wurde auch der Effekt von inhaltsanalytisch gemessenen Merkmalen der Fernsehnachrichtensendungen und Tageszeitungen überprüft, indem die Daten der Inhaltsanalyse direkt mit den Umfragedaten verknüpft wurden. Das bedeutet, dass jedem Befragten genau die Medieninhalte zugeordnet wurden, die in den Medien, die er tatsächlich nutzt, inhaltsanalytisch ermittelt worden waren.<sup>8</sup> Dabei konnte festgestellt werden, dass Personen, die sich aus Medien informieren, die im Rahmen der überregionalen tagesaktuellen Berichterstattung einen hohen Anteil unpolitischer Meldungen verbreiten, eine negativere

<sup>8</sup> Zu den methodischen Details des Verfahrens der Datenverknüpfung vgl. Wolling (1999: 153ff.). Eine solche direkte Verknüpfung von Umfrage- und Inhaltsanalysedaten wurde in diesem Forschungsfeld bislang nur von Miller/Goldenberg/Erbring (1979) durchgeführt. Die Autoren fanden heraus, dass das Vertrauen in die Regierung (trust) und die Responsivitätseinschätzung (political efficacy) desto geringer war, je kritischer die untersuchten Tageszeitungen berichteten.

Einstellung zur *Legitimität des politischen Systems* der Bundesrepublik haben (vgl. Schaubild 1). Eine Politikberichterstattung, die stark mit unpolitischen Elementen durchsetzt ist, lässt die Rezipienten offenbar verstärkt an der *Legitimität des politischen Systems* zweifeln. Befunde, die einen negativen Einfluss einer solchen Berichterstattung vermuten lassen, hat auch bereits Christina Holtz-Bacha (1990: 116) ermittelt.

#### 4 INTENSITÄT DER SKANDALBERICHTERSTATTUNG

Die *Nutzung bestimmter Medien* steht also eindeutig im Zusammenhang mit der Beurteilung der Legitimität des politischen Systems. Von den untersuchten Medieninhalten erweist sich jedoch nur der Anteil der unpolitischen Berichterstattung als bedeutsam. Das Ausmaß der Skandalberichterstattung<sup>9</sup> hat hingegen im multivariaten Modell keinen nachweisbaren Effekt; und selbst bei bivariater Betrachtung findet man nur geringe Zusammenhänge ( $r = .11$ ). Dieser Befund entspricht zwar weitgehend den Ergebnissen der wenigen vorliegenden Untersuchungen zum Zusammenhang von Skandalberichterstattung und Politikverdrossenheit (vgl. Kepplinger 1996; Friedrichsen 1996), steht aber im deutlichen Widerspruch zu den öffentlich geäußerten Befürchtungen über den negativen Einfluss einer solchen Berichterstattung auf die Demokratie. Wie ist dieser Befund zu erklären? Eine mögliche Ursache für den geringen Zusammenhang könnte sein, dass in allen Medien im gleichen Umfang über politische Skandale berichtet wird. Das ist jedoch nicht der Fall: Die Intensität der politischen Skandalberichterstattung variiert zwischen den untersuchten Medien. Die

Eigenschaften der Berichterstattung (Ergebnisse der Inhaltsanalyse)

Tabelle 1

	Tageszeitungen				Nachrichtensendungen						
	Bild	Mopo	DNN	SaZ	Tages- schau	Tages- themen	heute	heute journal	RTL aktuell	PRO7 Nach- richten	SAT.1 Nach- richten
N =	2.188	1.068	2.156	1.879	821	785	726	876	749	876	744
Unpolitisches*	59	50	26	27	21	23	28	20	47	22	39
N =	835	368	846	1.011	305	284	238	303	187	300	197
Skandale**	3,1	2,2	0,8	0,6	0,5	0,8	0,0	0,2	0,0	0,5	0,0

\* Prozentanteil der Beiträge über unpolitische Themen an allen Beiträgen

\*\* Prozentanteil der Beiträge über Skandale an allen Beiträgen über Politik in Deutschland

<sup>9</sup> Als Skandalberichterstattung wurden solche Beiträge codiert, in denen illegale, illegitime oder unmoralische Verhaltensweisen von Politikern oder Parteien im Mittelpunkt stehen. Diese werden häufig direkt als Skandal bezeichnet. Für die Codierung als Skandal ist es jedoch hinreichend, wenn im Beitrag deutlich wird, dass das berichtete Geschehen als Normverstoß zu bewerten ist. Die Inter-coder-Reliabilität dieser Kategorie (Skandal ist eine Ausprägung von 29 möglichen Hauptthemen eines Beitrags) beträgt .72. Der Reliabilitätskoeffizient wurde als Anteil der paarweisen Übereinstimmungen der Codierer an der Gesamtzahl der möglichen Übereinstimmungen zwischen allen Codierern für jede Kategorie einzeln berechnet. Genauere Angaben zur Operationalisierung und zur Reliabilität sind nachzulesen in: Wolling (1999: 264, 275).

Ergebnisse der Inhaltsanalyse belegen, dass Skandale von den beiden Boulevardzeitungen ›Bild Dresden‹ und ›Dresdner Morgenpost‹ relativ häufig thematisiert werden, während der Anteil der Skandalbeiträge bei den anderen Medienangeboten deutlich geringer ist, jedoch auch dort variiert.

Diese Unterschiede in der Intensität der Skandalberichterstattung korrelieren aber – wie gezeigt – nur geringfügig mit den unterschiedlichen Einstellungen der Rezipienten zur *Legitimität des Systems*. Wenn also Unterschiede in der Berichterstattung vorhanden sind, diese aber keinen Effekt auf die Einstellungen zum System haben, dann stellt sich die Frage, ob diese Unterschiede in der Intensität der Skandalberichterstattung von den Rezipienten überhaupt wahrgenommen werden.

## 5 WAHRNEHMUNG DER BERICHTERSTATTUNG

Die Wahrnehmung der Berichterstattung wurde mit fünf Aussagen gemessen. Die Antworten bei vier der fünf Indikatoren belegen, dass die Befragten die politische Berichterstattung als sehr negativ wahrnehmen. So sind z.B. 94 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die Medien, die sie persönlich nutzen, häufig über politische Skandale berichten, und dies, obwohl der tatsächliche Anteil der Skandalberichterstattung – wie er durch die Inhaltsanalyse ermittelt wurde – nicht sehr groß war. Diese Items wurden zu einer Skala zusammengefasst. Sie wird im Folgenden als *Wahrnehmung von Negativismus* (Mittelwert des Index = 4,2) bezeichnet. Das fünfte Item verdeutlicht jedoch, dass es sich mit der *Wahrnehmung von Systemkritik* (Mittelwert = 2,2) deutlich anders verhält. Nur wenige Befragte (20%) sind der Meinung, dass die Medien eine ablehnende Haltung gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik haben.<sup>10</sup>

Auf Aggregatebene findet man also eine deutliche Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Intensität der Skandalberichterstattung und der Wahrnehmung dieser Berichterstattung. Wie stellt sich nun aber der Zusammenhang zwischen der Intensität der Skandalberichterstattung und der Wahrnehmung dieser Berichterstattung auf Individualebene dar? Empfinden diejenigen, die Medien rezipieren, in denen häufiger über Skandale berichtet wird, die Berichterstattung auch als negativer? Tatsächlich findet man kaum Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung und dem inhaltsanalytisch festgestellten Ausmaß der Skandalberichterstattung. Zwischen der *Wahrnehmung von Systemkritik* und der Intensität der Skandalberichterstattung zeigt sich nur ein leicht positiver Zusammenhang ( $r = .10$ ). Die *Wahrnehmung von Negativismus* in der Berichterstattung erweist sich sogar als völlig unabhängig davon, wie ausgeprägt der Anteil der Skandalberichterstattung ist. Zusammenfassend ist festzuhalten: Das Ausmaß der Skandalberichterstattung, mit dem die verschiedenen Rezipienten konfron-

<sup>10</sup> Der Index *Wahrnehmung von Negativismus* wurde durch die folgenden vier Items erhoben: »Die Medien berichten sehr häufig über politische Skandale.« »Die Leistungen der Parteien und Politiker werden von den Medien sehr häufig kritisiert.« »Die Medien kritisieren sehr häufig die Entscheidungen der Bundesregierung.« »Die Politiker werden oft von den Medien kritisiert, weil sie wichtige politische Entscheidungen verzögern.« Die *Wahrnehmung von Systemkritik* wurde durch ein Item operationalisiert: »Die Medien stehen auf der Seite der Demokratie in Deutschland.« Gemessen wurde jeweils die Zustimmung zu den Aussagen auf einer Skala von 1 bis 5. Die Antworten wurden dann so recodiert, dass hohe Werte eine negative Wahrnehmung der Berichterstattung zum Ausdruck bringen.



tiert werden, hat nur einen sehr geringen direkten Effekt auf die Wahrnehmung der Berichterstattung.<sup>11</sup>

Wir finden also einen weiteren überraschenden Befund: Nicht nur, dass die Intensität der Skandalberichterstattung keinen Effekt auf die *Einstellung zur Legitimität des politischen Systems* hat, auch die *Wahrnehmung der Berichterstattung* wird kaum vom tatsächlichen Ausmaß der Skandalberichterstattung beeinflusst. Aber wovon hängt die Wahrnehmung der Berichterstattung ab, wenn nicht von den Inhalten, die in den Medien angeboten werden? Sind es bestimmte Lebensumstände und Erfahrungen oder spezifische Personeneigenschaften, die die Unterschiede in der Wahrnehmung erklären können? Bei der Suche nach den Ursachen zeigt sich jedoch, dass auch dies nicht der Fall ist. Weder a) die soziodemographischen Faktoren, noch b) das politische Interesse, noch c) die unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen mit den Folgen politischer Entscheidungen noch d) die Lebenssituation der Befragten können einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Wahrnehmung leisten. Hingegen erweist sich das *Politikverständnis* der Befragten im multivariaten Modell als der einzige Faktor, der einen signifikanten Effekt auf die Wahrnehmung der Berichterstattung hat.

## 6 POLITIKVERSTÄNDNIS DER BÜRGER

Das Politikverständnis der Befragten wurde mit vier Items gemessen: Die ersten beiden Aussagen zeigen an, welche Funktion die Bürger der Opposition zuweisen. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Befragten dazu tendieren, die Aufgabe der Opposition in der Unterstützung der Regierung zu sehen, und sie nicht so sehr als deren Gegenspieler betrachten. Ihnen schwebt ein harmoniebetontes Politikbild vor, das mit der Funktionslogik unseres parlamentarischen Systems nicht kompatibel ist.<sup>12</sup> Die Antworten auf die beiden anderen Fragen zeigen, dass es den Befragten sehr wichtig ist, dass der Bundestag responsiv ist. Deutlich weniger wünschenswert erscheint es ihnen, dass der Bundestag politische Führung gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchsetzt.<sup>13</sup>

11 Auch bei vermutlich einfacheren Verarbeitungsprozessen, als sie für die Wahrnehmung von Negativismus und Systemkritik notwendig sind, können deutliche Unterschiede zwischen der »tatsächlichen« medialen Darstellung und der Wahrnehmung dieser Darstellung durch die Rezipienten auftreten (vgl. Donsbach 1990: 283).

12 Das auf die Rolle der Opposition bezogene Politikverständnis wurde durch folgende Items erhoben und zu einem Index zusammengefasst: »Es ist Aufgabe der Opposition im Bundestag, die Regierung durch sachliche Mitarbeit zu unterstützen.« »Es ist Aufgabe der Opposition im Bundestag zu versuchen, möglichst bald selber die Regierungsverantwortung zu übernehmen.« Gemessen wurde jeweils die Zustimmung zu den Aussagen auf einer Skala von 1 bis 3. Die Antworten wurden dann so recodiert, dass hohe Werte ein harmoniebetontes Politikbild der Befragten anzeigen. Der Mittelwert von 2,3 belegt, dass die Befragten überwiegend einem harmoniebetonten Politikbild anhängen.

13 Dass die Befragten die Responsivität als wesentliche Aufgabe des Bundestages ansehen (Mittelwert 2,3) wurde ebenfalls durch zwei Items ermittelt: »Es ist die Aufgabe des Bundestages, sich bei Entscheidungen nach dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung zu richten.« »Es ist Aufgabe des Bundestages, auch einmal gegen den Willen der Mehrheit zu entscheiden, wenn die Abgeordneten überzeugt sind, dass das die bessere Lösung ist.« Gemessen wurde wiederum die Zustimmung auf einer Skala von 1 bis 3. Die Antworten wurden so recodiert, dass hohe Werte dann auftreten, wenn den Befragten Responsivität wichtiger ist als politische Führungsstärke. Dass ein solches Politikverständnis nicht nur in den neuen Bundesländern zu finden ist, zeigt eine Untersuchung, die auch bei den westdeutschen Befragten ähnliche Ergebnisse ermittelte (vgl. Patzelt 1996).

Personen, die vom Bundestag in erster Linie erwarten, dass er politische Führung ausüben und auch einmal gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung entscheiden soll, empfinden die Berichterstattung als besonders politikkritisch, Personen hingegen, die meinen, der Bundestag müsse vor allem den Mehrheitswillen umsetzen, empfinden sie als weniger negativistisch. Die Berichterstattung wird also von denjenigen, die eine starke politische Führung wünschen, als etwas negativistischer erlebt ( $\beta = .11$ ). Während dieser Effekt nur moderat ist, erweist sich der Einfluss des Politikverständnisses auf die *Wahrnehmung von Systemkritik* als deutlich stärker: Personen, die der Opposition die Aufgabe zuweisen, dass sie die Regierung unterstützen soll – was ja nicht der Aufgabe der Opposition in einer Demokratie entspricht – empfinden die Berichterstattung als besonders systemkritisch ( $\beta = .18$ ).<sup>14</sup>

Die Befunde zeigen, dass die *Skandalberichterstattung* offensichtlich keinen bedeutsamen Einfluss auf die *Wahrnehmung der Politikberichterstattung* hat. Hingegen erweist sich das *Politikverständnis der Rezipienten* als der einzige Faktor, der in einem signifikanten Zusammenhang mit der Wahrnehmung steht. Wie die politische Berichterstattung wahrgenommen wird, hat demnach damit zu tun, welche Vorstellungen die Befragten davon haben, wie Politik funktionieren sollte. Die bisherigen Analyseergebnisse sprechen dafür, dass es sich tatsächlich weniger um eine »Wahrnehmung« der Berichterstattung handelt als vielmehr um eine »Konstruktion« der Medienrealität.<sup>15</sup>

## 7 BEWERTUNG DER BERICHTERSTATTUNG

Die Rezipienten konstruieren sich also zumindest teilweise ihr Bild von der Berichterstattung selbst. Aber wie beurteilen sie das, was sie sich konstruieren? Wie gestaltet sich die Beziehung von Wahrnehmung und Bewertung bei den einzelnen Befragten? Beurteilen diejenigen, die die Berichterstattung als sehr negativistisch wahrnehmen, sie auch als *zu* negativistisch? Die Bewertung der Berichterstattung wurde mit vier Items gemessen. Drei davon wurden zum Index *Bewertung des Negativismus* zusam-

<sup>14</sup> Die Aussagen beruhen auf zwei Regressionsmodellen. Im ersten Modell war die *Wahrnehmung von Negativismus* und im zweiten die *Wahrnehmung von Systemkritik* die abhängige Variable. Als unabhängige Variablen wurden berücksichtigt: a) die soziodemographischen Variablen Alter, Geschlecht, Bildung, b) das politische Interesse und die subjektive politische Kompetenz, c) die persönlichen Erfahrungen mit den Folgen politischer Entscheidungen (Anzahl negativer Erfahrungen, Anzahl positiver Erfahrungen und wahrgenommene Entscheidungsdefizite) sowie d) drei Indikatoren für die subjektive Wahrnehmung der Lebenslage: die Zufriedenheit mit der Lebenssituation, die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage im Nahbereich und die Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Situation. Keine dieser 11 Variablen hat einen signifikanten Effekt. Signifikante Wirkungen auf die Wahrnehmung hatte nur das Politikverständnis der Befragten.

<sup>15</sup> Dieser Befund stimmt mit Ergebnissen der Hirnforschung überein, die zeigen, dass die Wirklichkeit unseres Erlebens – also unsere Wahrnehmung – alles andere ist als eine passive Rezeption, die durch gegebene Reize determiniert wird, sondern auf einem gestaltenden Konstruktionsprozess beruht (vgl. Pöppel 1999). Fröh (1992: 89) kommt in seinen detaillierten Analysen zu dem Ergebnis, dass »ziemlich deutliche und weitreichende Veränderungen der Bedeutungen und Bedeutungsstrukturen eines Themas durch das Publikum vorgenommen werden«. Auch Brosius (1995: 213, 300ff.) stellt fest, dass die Rezipienten aufgrund ihrer politischen Voreinstellungen und Schemata Nachrichteninhalte so wahrnehmen, dass sich entsprechende (d.h. teilweise »falsche«) Urteile über die Inhalte ergeben.

mengefasst. Ein Item operationalisiert die *Forderung nach kritischeren Medien*.<sup>16</sup> Obwohl die Berichterstattung als überaus kritisch wahrgenommen wird, tendieren die Befragten trotzdem zu der Ansicht, dass die Medien *noch kritischer* berichten sollten (Mittelwert = 3,5), und auch hinsichtlich der *Bewertung des Negativismus* sind sie insgesamt nur begrenzt der Meinung, dass die Medien *zu* kritisch berichten (Mittelwert = 3,5).

Insgesamt sprechen die Daten dafür, dass die Rezipienten das, was sie wahrnehmen, nicht allzu kritisch beurteilen. Diesen Befund findet man auch bestätigt, wenn man *Wahrnehmung* und *Bewertung* direkt in Beziehung setzt.<sup>17</sup> Zwar beurteilen diejenigen, die die Berichterstattung als *sehr* negativ wahrnehmen, sie tendenziell auch als *zu*

Bewertung der Berichterstattung in Abhängigkeit von der Wahrnehmung

Tabelle 2

	Wahrnehmung von Negativismus in der Berichterstattung			
	wenig Negativismus	mittel	viel Negativismus	
Bewertung des Negativismus*	3,2	3,5	3,7	F = 10.9 / p < .001
Forderung nach kritischeren Medien**	3,6	3,4	3,4	F = 0.5 / p = n.s.

	Wahrnehmung von Systemkritik in der Berichterstattung			
	wenig Systemkritik	mittel	viel Systemkritik	
Bewertung des Negativismus*	3,5	3,5	3,6	F = 0.8 / p = n.s.
Forderung nach kritischeren Medien**	3,3	3,4	3,7	F = 4.4 / p < .05

\* Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 5 (5 = Berichterstattung zu negativistisch)

\*\* Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 5 (5 = Berichterstattung müsste kritischer sein)

16 Der Index *Bewertung des Negativismus* wurde durch drei Items gemessen: »Die Medien stellen die Politiker schlechter dar als sie eigentlich sind.« »Die Medien berichten zu viel Negatives und zu wenig Positives über die Politik.« »Kleinigkeiten werden von den Medien oft zu politischen Skandalen aufgebauscht.« Die *Forderung nach kritischeren Medien* wurde durch ein Item operationalisiert: »Die Medien müssten viel kritischer über die Politik berichten.« Gemessen wurde jeweils die Zustimmung zu den Aussagen auf einer Skala von 1 bis 5. Hohe Werte auf den Skalen bringen somit zum Ausdruck, dass die Berichterstattung als zu negativ bewertet wird bzw. dass die Befragten fordern, die Medien sollten kritischer berichten. Die konzeptionelle Unterscheidung von Wahrnehmung und Bewertung konnte auch durch eine Faktorenanalyse der Items empirisch fundiert werden. Das Ergebnis dieser Faktorenanalyse sind die hier differenzierten Wahrnehmungs- und Bewertungsdimensionen.

17 Für die nachfolgenden Gruppenvergleiche wurden die Werte der Wahrnehmungs- und Bewertungsindizes und -variablen, mit dem Ziel annähernd gleich große Gruppen zu bilden, folgendermaßen zusammengefasst: *Index Wahrnehmung Negativismus* (1 bis 3.5 = gering; 3.51 bis 4.5 = mittel; 4.51 bis 5 = stark); *Wahrnehmung Systemkritik* (1 = gering; 2 = mittel, 3 bis 5 = stark); *Index Bewertung des Negativismus* (1 bis 3 = nicht zu negativ; 3.01 bis 3.99 = mittel; 4 bis 5 = zu negativ) *Forderung nach kritischeren Medien* (1 bis 2 = sollten nicht kritischer sein; 3 bis 4 = mittel; 5 = sollten kritischer sein).

negativ, andererseits aber stimmen sie mit den anderen Befragten darin weitgehend überein, dass die Medien ruhig etwas kritischer berichten könnten. Und diejenigen, die die Medien als ausgesprochen systemkritisch erleben, vertreten sogar besonders stark die Meinung, dass die Medien noch kritischer berichten müssten.

#### 8 EINFLUSS VON WAHRNEHMUNG UND BEWERTUNG AUF DIE EINSTELLUNG ZUR LEGITIMITÄT

Die bisher ermittelten Ergebnisse sprechen dafür, dass die Rezipienten sich zum einen ihre eigene Medienrealität konstruieren und dass sie zum anderen diese Medienrealität als weitgehend angemessenes Abbild der Realität bewerten. Sie empfinden sie als negativ, aber nicht unbedingt als *zu* negativ. Es stellt sich nun die Frage, ob diese konstruierte Medienrealität auch Auswirkungen auf die Bewertung der Realität, also auf die Einstellungen zur Legitimität des politischen Systems hat. Die Befunde legen die Vermutung nahe, dass die Rezipienten, die die Darstellung von Politik in den Medien als negativ wahrnehmen, auch die Realität selbst negativ bewerten werden. Grundsätzlich denkbar wäre aber auch der entgegengesetzte Zusammenhang: dass die

*Wahrnehmung und Bewertung der Berichterstattung und Einstellung zur Legitimität des politischen Systems*

*Tabelle 3*

Wahrnehmung von Negativismus in der Berichterstattung				
	wenig Negativismus	mittel	viel Negativismus	
Legitimität des politischen Systems*	2,8	2,9	3,0	F = 1,2 / p = n.s.
Wahrnehmung von Systemkritik in der Berichterstattung				
	wenig Systemkritik	mittel	viel Systemkritik	
Legitimität des politischen Systems*	2,6	2,9	3,3	F = 17,7 / p < .001
Bewertung des Negativismus				
	Berichterstattung <i>nicht</i> zu negativ	mittel	Berichterstattung zu negativ	
Legitimität des politischen Systems*	2,7	3,0	3,0	F = 7,2 / p < .001
Forderung nach kritischeren Medien				
	Medien sollten <i>nicht</i> kritischer sein	mittel	Medien sollten kritischer sein	
Legitimität des politischen Systems*	2,5	2,9	3,3	F = 23,3 / p < .001

\* Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 5 (5 = negative Einstellung zur Legitimität des politischen Systems)

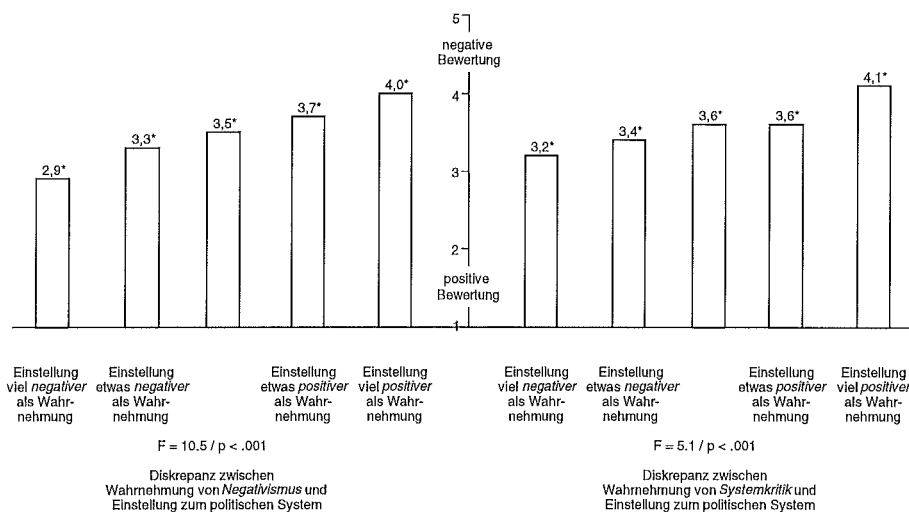
Rezipienten sich dem medialen Eindruck widersetzen und gerade diejenigen, die die Berichterstattung als sehr negativ empfinden, die politische Realität eher positiv bewerten. Die Daten sprechen jedoch gegen diese These des »widerspenstigen Rezipienten«: Insbesondere diejenigen, die die Berichterstattung als *systemkritisch* erleben, beurteilen auch die Legitimität des politischen Systems eher als negativ. In die gleiche Richtung weist der entsprechende Zusammenhang zwischen der *Wahrnehmung von Negativismus* und der Einstellung zur Legitimität des politischen Systems, wenn auch weniger ausgeprägt (vgl. Tabelle 3).<sup>18</sup>

Nun besteht noch die Möglichkeit, dass sich vielleicht die *Bewertung der Berichterstattung* als die Kraft im Bewusstsein der Rezipienten erweist, die eine kritische Distanz zwischen Medienrealität und den Einstellungen zur politischen Realität herstellt. Das ist jedoch ebenfalls nicht der Fall. Die Befragten, die die Berichterstattung als *zu negativistisch* bewerten, und noch stärker diejenigen, die meinen, sie müsste noch kritischer sein, haben eine besonders negative Einstellung gegenüber der Legitimität des politischen Systems der Bundesrepublik (vgl. Tabelle 3).

Die bisherigen Analyseergebnisse deuten darauf hin, dass a) die Einstellungen zur politischen Realität, b) die Wahrnehmung der Darstellung dieser Realität in den Medien und c) die Bewertungen dieser medialen Darstellung auf Konstruktionsprozessen beruhen, die zu einer gegenseitigen Stabilisierung und zur Konsonanz zwischen diesen drei kognitiven Elementen führen. Aus dieser relativ allgemeinen Vermutung lassen sich die folgenden konkreten Hypothesen ableiten:

Einfluss der Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Einstellung auf die Bewertung der Berichterstattung

Schaubild 2



\* Mittelwerte des Index »Bewertung des Negativismus« auf einer Skala von 1 = positive Bewertung (nicht zu negativ) bis 5 = negative Bewertung (zu negativ)

<sup>18</sup> Auch Donsbach (1990: 284f.) fand heraus, dass eine hohe Kongruenz zwischen Lesermeinung und wahrgenommener redaktioneller Tendenz besteht.

1. Ist die Wahrnehmung der Politikdarstellung positiver als die eigene Meinung über die politische Realität, dann wird die Politikdarstellung nicht als übermäßig negativistisch bewertet, sondern es werden eher noch kritischere Medien gewünscht.
2. Ist die Wahrnehmung der Politikdarstellung negativer als die eigene Meinung über die politische Realität, dann wird die Politikdarstellung als zu negativistisch bewertet und es werden weniger kritische Medien gewünscht.

Beide Hypothesen werden durch die Daten bestätigt (vgl. Schaubild 2). Je deutlicher die Wahrnehmung der Medienrealität von der eigenen Einstellung abweicht, desto pointierter sind die Bewertungen der Berichterstattung. Ist die Einstellung zur Politik negativer als die wahrgenommene Darstellung der Politik, dann wird die Berichterstattung keinesfalls als übertrieben negativistisch angesehen, sondern es wird eine

Regressionsanalyse: Legitimität des politischen Systems (negative Einstellung)

Tabelle 4

	1. Modell <sup>19</sup> R <sup>2</sup> = .41 N = 386	2. Modell R <sup>2</sup> = .46 N = 375
	beta	
Identifikation mit den etablierten Parteien (gering)	.22	.20
<i>Indikatoren unmittelbarer Erfahrungen</i>		
Beurteilung der wirtschaftlichen Lage (negativ)	.28	.23
Defizite der Politik (viele)	.14	.14
konventionelle politische Partizipation (häufig) <sup>20</sup>	.13	.12
<i>Indikatoren medial und interpersonal vermittelter Erfahrungen</i>		
Präferenz für linke gegenüber rechten Printmedien	.19	.16
Nutzungspräferenz für S&Z gegenüber DNN	.15	.13
Intensität der Informationsnutzung (nicht intensiv)	.15	.17
<i>Medieninhalte</i>		
Unpolitisches (viel)	.15	.14
<i>Wahrnehmung der Berichterstattung</i>		
Medien sind negativistisch (Zustimmung)		.11
Medien sind systemkritisch (Zustimmung)		.19
<i>Bewertung der Berichterstattung</i>		
Medien sind nicht zu negativistisch (Zustimmung)		.09
Forderung nach kritischeren Medien (Zustimmung)		.16

19 Neben den ausgewiesenen Variablen hatten a) die Nutzung von viel Unterhaltung im Fernsehen (beta = .09), b) eine häufige Nutzung der ›Bild Dresden‹ und eine geringe Nutzung der ›Dresdner Morgenpost‹ (beta = .08) sowie c) eine häufige Wahlbeteiligung in der Vergangenheit (beta = .08) einen positiven Effekt auf die Einstellung zum politischen System. Nachdem die Wahrnehmung und Bewertung der Berichterstattung ins Modell integriert worden war, hatten diese drei Variablen keinen signifikanten Einfluss mehr.

20 Dass die häufige Mitarbeit in Parteien oder als Wahlhelfer (konventionelle politische Partizipation) in der Vergangenheit einen negativen Effekt auf die Legitimitätsbeurteilungen der Demokratie hat, ist sicherlich ein spezifisch ostdeutsches Phänomen. Vergangenheit war für viele SED-Vergangenheit.

kritischere Berichterstattung gewünscht. Ist die Einstellung hingegen positiver als die wahrgenommene Darstellung, dann werden die Medien als zu negativistisch kritisiert und eine kritische Berichterstattung wird abgelehnt.

Die Befragten tendieren also dazu, die Wahrnehmung und Bewertung der Medienberichterstattung mit den Einstellungen zur Politik in einen konsonanten kognitiven Zusammenhang zu bringen. Abschließend stellt sich nun die Frage, ob diese kognitiven Konstruktionen neben den eingangs vorgestellten unmittelbaren und vermittelten Erfahrungen (vgl. 1. Modell in Tabelle 4) einen eigenen Beitrag zur Erklärung der Einstellungen zum politischen System leisten können. Um diese Frage zu klären, wurden die zwei *Wahrnehmungsvariablen* und die zwei *Bewertungsvariablen* als zusätzliche Faktoren in das Erklärungsmodell für die Einstellungen gegenüber dem politischen System integriert (vgl. 2. Modell in Tabelle 4).

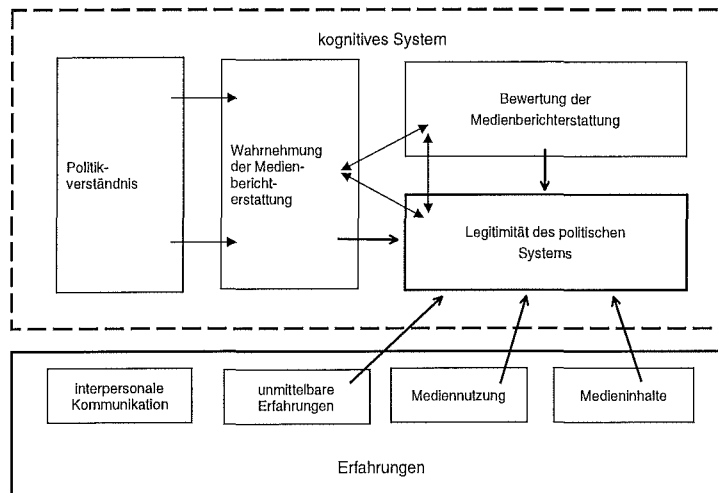
Dabei stellt sich heraus, dass auch im multivariaten Modell sowohl die *Wahrnehmung der Berichterstattung* als auch die *Bewertung des Wahrgenommenen* einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Einstellung leisten. Befragte, die die Berichterstattung als besonders negativistisch und systemkritisch erleben, bewerten auch das politische System besonders schlecht, und wenn diese Darstellung darüber hinaus auch als angemessen bewertet wird oder sogar eine noch kritischere Berichterstattung gefordert wird, dann hat dies einen zusätzlichen negativen Effekt auf die Beurteilung der Legitimität des politischen Systems (vgl. Tabelle 4).

## 9 RESÜMEE

Am Anfang der vorgestellten Untersuchung konnte gezeigt werden, dass die Unterstützung des demokratischen Systems zum einen auf positiven Erfahrungen mit der Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Politik beruht und dass sie zum anderen durch eine informationsorientierte Mediennutzung sowie durch die Nutzung bestimmter Printmedien beeinflusst wird. Es konnte hingegen kein direkter Einfluss einer skandalbetonenden Berichterstattung nachgewiesen werden.

Die sich daran anschließenden Analysen verdeutlichten, dass es sich bei der Wahrnehmung und Bewertung der medialen Darstellung von Politik um einen komplexen kognitiven Konstruktionsprozess handelt. Das Ergebnis dieses Prozesses erweist sich als durchaus bedeutsam für die Einstellungen zum demokratischen System und zwar in einer Weise, die nicht unproblematisch erscheint: Je negativer die politische Berichterstattung *wahrgenommen* wird und je *unkritischer diese Darstellung beurteilt* wird, desto negativer wird auch die Demokratie bewertet. Das eingangs geschilderte mögliche Dilemma ist zwar nicht festzustellen. Der tatsächlich beobachtete empirische Zusammenhang ist aber nicht weniger brisant und die Lösung des Problems keinesfalls einfacher, denn es gilt ein komplexes kognitives Gefüge (vgl. Schaubild 3) aus Wahrnehmung und Bewertung der Berichterstattung, Politikverständnis und Einstellung zum politischen System zu bearbeiten.

Die Ergebnisse der Analysen zeigen, dass in mehreren Bereichen Defizite bestehen und die Probleme deswegen auch von mehreren Seiten angegangen werden sollten. Notwendig sind Anstrengungen von Politik, Journalismus und politischer Bildung, und es sind Aktivitäten auf zwei Ebenen notwendig: Zum einen geht es darum,



politische Handlungsweisen zu korrigieren; dass dies notwendig ist, verdeutlichen die starken Effekte der unmittelbaren Erfahrungen. Zum anderen ist aber die öffentliche Reflexion der dargestellten Problemzusammenhänge von Bedeutung. Dazu an dieser Stelle noch einige Anmerkungen, nicht weil es sich dabei um die wichtigere Ebene handelt, sondern weil dazu auf der Basis der vorgestellten Analyseergebnisse einige Aussagen gemacht werden können. Drei Aspekte sind hier zu diskutieren: das Demokratieverständnis, das allgemeine Politikverständnis und die Medienkompetenz.

- Angesichts der starken Abhängigkeit der Beurteilung des demokratischen Systems von seiner Leistungsfähigkeit, insbesondere vom ökonomischen Output, ist es notwendig, die eher immateriellen Stärken einer demokratischen Ordnung deutlicher hervorzuheben, wie beispielsweise das Potenzial zur friedlichen Konfliktlösung, die Vorkehrungen zur Verhinderung von Machtmissbrauch bzw. die Fähigkeit, Missstände zu thematisieren und damit deren Bewältigung möglich zu machen, was sich gerade auch bei der erfolgreichen Bearbeitung von politischen Skandalen zeigen kann.
- Des Weiteren gilt es, Missverständnisse über die Funktionsweise unseres politischen Systems zu beheben (vgl. Patzelt 1999). Es ist problematisch, wenn die Bürger es als Aufgabe der Opposition ansehen, die Regierung zu unterstützen. Denn diejenigen, die einem solchen Harmoniemodell anhängen, erleben die aktuelle Medienberichterstattung – in der natürlich über politische Konflikte berichtet wird und in der politischer Streit ausgetragen wird – als besonders systemkritisch. Einem solchen Politikverständnis ist es schwer zu vermitteln, dass ja gerade *dadurch* das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie unter Beweis gestellt wird. Hieraus ergibt sich eine besondere Herausforderung für die Medien: Sie müssen einerseits ihre Aufgabe der Kritik und Kontrolle wahrnehmen, aber sie sollten andererseits erläutern, weshalb sie dies tun und dabei deutlich machen, dass sich gerade hier eine Stärke des demokratischen Systems zeigt.



- Damit ist auch schon der dritte Ansatzpunkt angesprochen: die Verbesserung der Medienkompetenz. Dabei geht es vor allem darum, der Bevölkerung die journalistischen Selektionsregeln zu verdeutlichen. Auf diese Weise könnte ein Verständnis dafür entstehen, weshalb negative Ereignisse, Konflikte und Skandale besonders große mediale Aufmerksamkeit erfahren. Es ist erforderlich, ein Bewusstsein dafür herzustellen, dass auf diese Weise zwar ein von negativen Ereignissen geprägtes Bild der Realität entsteht, dass auf der anderen Seite aber gerade dadurch *die* Informationen zur Verfügung gestellt werden, die für das Funktionieren eines demokratischen Gemeinwesens notwendig sind.

Es ist zweifellos schwierig, die angesprochenen Defizite zu beheben und die Ursachen und Zusammenhänge der Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Nicht zuletzt deswegen, weil die verschiedenen Vorstellungen und Einstellungen, auf die dabei abgezielt werden muss, nicht unabhängig voneinander sind und – wie gezeigt – sich tendenziell gegenseitig stabilisieren. Aber es ist eine notwendige Aufgabe, um dem demokratischen politischen System auch in Zukunft die notwendige Unterstützung zu sichern.

#### LITERATUR

- Berg-Schlosser, Dirk (1990): Entwicklung der Politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage 7 zur Wochenzeitung ›Das Parlament‹, S. 30-46.
- Brosius, Hans-Bernd (1995): Alltagsrationalität in der Nachrichtenrezeption. Ein Modell zur Wahrnehmung und Verarbeitung von Nachrichten. Opladen.
- Darschin, Wolfgang/Frank, Bernward (1997): Tendenzen im Zuschauerverhalten. Fernsehgewohnheiten und Programmbewertungen 1996. In: Media Perspektiven, Heft 4, S. 174-185.
- Donsbach, Wolfgang (1990): Wahrnehmung von redaktionellen Tendenzen durch Zeitungsleser. In: Medienpsychologie, 2. Jg., S. 275-301.
- Easton, David (1972): Responses of political systems to stress on support. In: Finifter, Ada W. (Hrsg.): Alienation and the social system. New York, S. 319-345.
- Friedrichsen, Mike (1996): Politik- und Parteiverdruß durch Skandalberichterstattung? In: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert/Weßler, Hartmut (Hrsg.): Medien und politischer Prozeß. Opladen, S. 73-93.
- Früh, Werner (1992): Realitätsvermittlung durch Massenmedien. Abbild oder Konstruktion. In: Schulz, Winfried (Hrsg.): Medienwirkungen. Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft. Weinheim, S. 71-90.
- Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weßels, Bernhard (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage 51 zur Wochenzeitung ›Das Parlament‹, S. 3-12.
- Gabriel, Oscar W. (1992): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Opladen, S. 95-131.
- Greiffenhagen, Martin (1998): Politische Legitimität in Deutschland. Bonn.
- Holtz-Bacha, Christina (1990): Ablenkung oder Abkehr von der Politik? Mediennutzung im Geflecht politischer Orientierungen. Opladen.
- Kepplinger, Hans Mathias (1996): Skandale und Politikverdrossenheit – ein Langzeitvergleich. In: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert/Weßler, Hartmut (Hrsg.): Medien und politischer Prozeß. Opladen, S. 41-58.
- Kepplinger, Hans Mathias (1998): Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft. Freiburg/Breisgau, München.
- Miller, Arthur H./Goldenberg, Edie N./Erbring, Lutz (1979): Type-set politics: Impact of newspapers on public confidence. In: American Political Science Review, 73. Jg., S. 67-84.

- Neckel, Sighard (1990): Die Wirkungen politischer Skandale. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage 7 der Wochenzeitung »Das Parlament«, S. 3-10.
- Nonnemacher, Günther (1999): Die Union und Kohl. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.12., S. 1.
- Patzelt, Werner J. (1996): Ist der Souverän unaufgeklärt? Die Ansichten der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Dresden.
- Patzelt, Werner J. (1999): Politikverdrossenheit, populäres Parlamentsverständnis und die Aufgaben der politischen Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage 7-8 der Wochenzeitung »Das Parlament«, S. 31-38.
- Pöppel, Ernst (1999): Neuronale Aspekte des Sprechens und Lesens. In: Roters, Gunnar/Klingler, Walter/Gerhards, Maria (Hrsg.): Mediensozialisation und Medienverantwortung. Baden-Baden, S. 17-35.
- Ricker, Reinhart (1994): Medienrecht. In: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hrsg.): Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Frankfurt/Main, S. 244-267.
- Robinson, Michael J. (1976): Public affairs television and the growth of political malaise: The case of »The selling of the Pentagon«. In: American Political Science Review, 70. Jg., S. 409-432.
- Sontheimer, Kurt (2000): Vom Unheil und Segen einer Affäre. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage 16 zur Wochenzeitung »Das Parlament«, S. 3-5.
- Wolling, Jens (1999): Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Der Einfluss der Medien auf die Einstellungen der Bürger zur Politik. Opladen.

*Korrespondenzanschrift:* Dr. Jens Wolling, Technische Universität Ilmenau, Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Fachgebiet Politikwissenschaft/Medien, Postfach 100565, D-98684 Ilmenau  
E-Mail: jens.wolling@etc.tu-ilmenau.de